

Rentendebatte: Gesamtmetall-Chef fordert Arbeit bis 70 für Büroangestellte

Gesamtmetall-Chef Wolf bekräftigt Forderung: Rente ab 70 „zumutbar“ für Büroangestellte, im SWR-Videopodcast erläutert.



Rente mit 70 „zumutbar“ - aber nur für Büroangestellte, sagt Gesamtmetall-Chef Wolf

In einem kürzlich geführten Videopodcast des SWR „Zur Sache – intensiv“ machte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Stefan Wolf, eine klare Aussage: Eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre sei für Büroangestellte akzeptabel. Diese Ansicht vertrat er in seinem Gespräch mit dem SWR und begründete seine frühere Forderung nach einer solchen Maßnahme erneut.

Aktuell wird in Deutschland das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Dieser Prozess soll

bis 2029 abgeschlossen sein. Doch Wolf geht einen Schritt weiter. Er argumentierte, dass Deutschland mehr arbeiten müsse, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. „Ein Fabrikarbeiter, der sehr hart arbeitet, wird nicht bis 70 arbeiten können, aber jemand, der in einem Büro sitzt, der wird bis 70 arbeiten können“, sagte er und verdeutlichte, dass es hierbei große Unterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen gibt.

Die Forderungen nach einer Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich lehnt Wolf entschieden ab. Insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie, wo die wöchentliche Arbeitszeit mit 35 Stunden bereits relativ gering sei, sieht er keine Möglichkeit, diese weiter zu reduzieren. „Ich bin nicht gegen eine Vier-Tage-Woche, ich bin gegen eine Absenkung der Wochenarbeitszeit“, führte er aus.

- Wer ist Stefan Wolf? Er ist der Vorsitzende des Gesamtmetall, einem Dachverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie.
- Wen betrifft die Forderung? Hauptsächlich Büroangestellte, von denen erwartet wird, dass sie länger arbeiten können als Arbeiter in körperlich anspruchsvollen Berufen.
- Was ist die Bedeutung dieser Diskussion? Sie betrifft die zukünftige Rentenpolitik und Arbeitsmarktstruktur in Deutschland und deren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

In der Metall- und Elektroindustrie, in der rund vier Millionen Menschen in Deutschland beschäftigt sind, spricht sich der Gesamtmetall-Chef gegen eine weitere Absenkung der Arbeitszeit aus. Er betonte, dass die bereits eingeführte 35-Stunden-Woche in dieser Branche nicht weiter gekürzt werden könne, da sie bereits eine der niedrigsten Wochenarbeitszeiten darstellt.

Wenn man betrachtet, wie die Politik diese Situation verhindern

könnte, zeigt sich, dass eine umfassendere Reform der Renten- und Arbeitszeitregelung notwendig wäre, um diese Art von Diskussionen und Forderungen zu vermeiden. Die Regierung könnte Maßnahmen ergreifen, um die gesundheitlichen Belastungen in körperlich anstrengenden Berufen zu reduzieren und flexible Lösungen für verschiedene Berufsgruppen zu entwickeln. Sicherheitsnetze und Berechnungen zur finanziellen Absicherung müssten ebenfalls in eine solche Reform einfließen, um einen ausgewogenen und fairen Ansatz für alle Beschäftigten zu gewährleisten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Forderung nach einem späteren Renteneintrittsalter für Büroangestellte, wie von Stefan Wolf vorgeschlagen, unterschiedliche Reaktionen hervorrufen wird. Eine gründliche politische Diskussion und eine Abwägung aller betroffenen Interessen sind unerlässlich, um gerechte und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen zu finden.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de